



Polnisches Braunkohlekraftwerk (in Belchatów): Die Stromkonzerne nutzen die mangelnde Erfahrung osteuropäischer Staaten

UMWELT

## Doppelter Angriff

Die deutsche Industrie gefährdet im Bündnis mit Regierungen aus Osteuropa das EU-Klimapakete. Die Aussichten für ein weltweites Programm gegen den Treibhauseffekt schwinden.

Für Yvo de Boer, den Chefvermittler der Vereinten Nationen für Klimapolitik, zählt jeder Tag. Dem Niederländer bleiben noch 14 Monate, um den alten Weltklimavertrag durch einen neuen zu ersetzen, der die Menschheit vor Fluten, Dürren und anderen Folgen der Erderwärmung schützen soll. Auf dem Unoklimagipfel in Kopenhagen sollen im Dezember 2009 Amerika, Europa, Afrika, Australien und Asien gemeinsam beschließen, den Ausstoß von Treibhausgasen radikal zu senken.

„Wir versuchen, das komplizierteste globale Abkommen aller Zeiten hinzubekommen“, sagt de Boer. Dann tritt er auf ein Podium beim Bundesverband der Deutschen Industrie und ruft: „Ich fordere Sie auf, mehr auf die Gewinne durch klimafreundliches Wirtschaften zu bauen, als sich darauf zu konzentrieren, vergangene Strukturen zu schützen.“

Die Schelte gilt seinen gefährlichsten Widersachern. Deutschlands mächtige Unternehmerlobby organisiert gerade ein breites Ablehnungsbündnis, das de Boers Jahrhundertvertrag aufs Höchste gefährdet. Haben die Industrievertreter Erfolg,

wäre de Boers ehrgeiziger Plan, die Welt für einen neuen Klimapakt zu gewinnen, an entscheidender Stelle durchkreuzt.

De Boer hat Deutschen und Europäern die Rolle des Vorreiters zugeordnet. „Bis Ende 2008 müssen die Europäer der Welt zeigen, dass sie es ernst meinen mit ihrer Führungsrolle beim Kampf gegen den Klimawandel“, sagt er. Anfang 2009 sollte dann der neue US-amerikanische Präsident jenen umweltpolitischen Kurswechsel vollziehen, den die Kandidaten Barack Obama und John McCain bereits in Aussicht gestellt haben. Anschließend hätte de Boer gute Chancen, auch die neuen Mega-Energieverbraucher China und Indien für eine globale Vereinbarung zur Reduktion von Treibhausgasen zu gewinnen.

Nun aber ist de Boers Stufenplan schon auf seiner ersten Etappe bedroht. Deutschlands Industrielobby torpediert das weitreichende Klimapakete der Europäischen Union, das den Kohlendioxid-Ausstoß der 27 EU-Staaten bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 2005 senken soll. Geschickt haben Deutschlands Industrielobbyisten einen Zweifrontenkrieg gegen das Vorhaben von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas

angezettelt. Der will Kohlendioxid-Emissionen kostenpflichtig machen und so Anreize schaffen, in Spartechnik zu investieren. Europaweit soll es einen Börsenpreis für jede Tonne Kohlendioxid-Ausstoß geben, der je nach Angebot und Nachfrage schwankt.

Die Kohlendioxid-Schwergewichte aus der Stahl-, Zement- und Grundstoffindustrie gehen nun frontal gegen diesen sogenannten Emissionshandel vor. Sie fordern weitreichende Ausnahmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit mit China und Amerika zu bewahren. Dafür finden sie Unterstützung bis hin zu Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). „Man kann natürlich so viele Ausnahmen erlauben, dass nur noch Ausnahmen bleiben“, sagt Klimaschützer de Boer.

Die deutschen Stromkonzerne dagegen, die für ihr Kraftwerksabgas auch nicht voll bezahlen wollen, blitzten bei der Bundesregierung ab. Deshalb heizen sie nun die Regierungen osteuropäischer Länder wie Polen und Ungarn an, gegen die Brüsseler Pläne aufzubegehren. Sonst könnten Milliardeninvestitionen platzen, drohen die Unternehmen.

Besonders aktiv ist die Essener RWE. Für den Konzern zählt Polen, das rund 95 Prozent seines Stroms aus Kohlekraftwerken bezieht, zu den neuen „Kernmärkten“. Im Großraum Warschau ist RWE bereits größter Stromlieferant, landesweit kommt das Unternehmen auf einen Marktanteil von sechs Prozent. Der Strom werde deutlich teurer, wenn für jede Tonne CO<sub>2</sub> ein Emissionsgutschein gekauft werden müsse, warnt RWE nun unisono

mit der polnischen Regierung und anderen osteuropäischen Staaten.

Klingt edel, die Sorge um zu hohe Preise. In Wahrheit geht es den Stromkonzernen aber nur darum, die CO<sub>2</sub>-Gebühren auf Firmenkonten zu leiten statt in die Staatskasse. Dass deutscher Strom in den vergangenen Jahren teurer geworden ist, kann am Emissionshandel selbst nicht liegen. Bisher wurden die CO<sub>2</sub>-Gutscheine den Unternehmen von der Bundesregierung weitgehend kostenlos zugewiesen.

Für höhere Stromrechnungen sorgen die Stromkonzerne selbst: Sie stellten den Verbrauchern die Gratiszertifikate einfach in Rechnung. Man könnte die Geschenke ja theoretisch auch an der CO<sub>2</sub>-Börse verkaufen, lautete die Begründung. Unternehmen wie RWE heimsten damit Milliardenbeträge ohne Gegenleistung ein. Nun versuchen sie denselben Trick in Osteuropa. Lässt sich die EU-Kommission breitschlagen, den polnischen Stromversorgern Zertifikate zu schenken, zahlen die Polen deren Gegenwert mit ihrer Stromrechnung an die Unternehmen. Geht dagegen alles nach EU-Plan, müssen die Konzerne das Geld an den Staat abführen. Der könnte dann entscheiden, ob er die Einnahmen für Klimaschutz ausgibt, für Steuernachlässe oder für andere Zwecke.

Zahlen müssen die Verbraucher also in jedem Fall – fragt sich nur, an wen. Die



**Umweltpolitiker de Boer**  
„Die EU steht im Wort“

Konzerne nutzen die mangelnde Erfahrung mit dem Emissionshandel in Osteuropa schamlos aus, heißt es im Berliner Umweltministerium.

Der doppelte Angriff auf das Klimapaket aus Deutschland und Osteuropa löst in Brüssel größte Nervosität aus. Die EU-Kommission hofft noch, dass sich die Polen am Ende mit einer milliardenschweren Ausgleichszahlung aus der EU-Kasse abfinden werden. Der französische Umweltminister Jean-Louis Borloo klagt dagegen bereits, die Kritiker wollten das EU-Emissionshandelssystem oder gar das gesamte Klimapaket verhindern. Am Dienstag dieser Woche berät der Unterausschuss des

Europaparlaments über den Emissionshandel, eine hitzige Sitzung wird erwartet. Mitte Oktober will Ratspräsident Nicolas Sarkozy die EU-Regierungschefs über das Thema beraten lassen, sofern die Finanzkrise dies zulässt. Anfang Dezember dann soll – möglichst vor der diesjährigen Uno-Klimakonferenz, die ausgerechnet im polnischen Poznań (Posen) stattfindet – eine Einigung erzielt sein.

Bis dahin müssten auch Frankreich und Deutschland noch grundlegende Streitpunkte beilegen. Die Franzosen wollen erst 2011 festzurren, ob Branchen, die besonders viel CO<sub>2</sub> produzieren, Rabatte erhalten. Die Bundesregierung dagegen will im Dienst der Investitionssicherheit sofort beschließen, welche Sparten Kohlendioxid-Nachlässe bekommen.

Wird das Klimapaket im großen Streit ins kommende Jahr verschoben, schwinden seine Chancen weiter. 2009 übernehmen die Tschechen den EU-Ratsvorsitz. Deren Regierung ist instabil. Der schillernde Staatspräsident Václav Klaus verdient als Buchautor viel Geld damit, den Klimawandel zu leugnen. Zudem beginnt 2009 der Wahlkampf fürs EU-Parlament, die Kommission verliert an Handlungsfähigkeit.

Kommt es so, könnte alles zu spät sein für den großen Plan des Yvo de Boer. „Die EU“, mahnt der Uno-Mann, „steht im Wort.“

CHRISTIAN SCHWÄGERL